

P r o t o k o l l

Tagung und konstituierende Sitzung der
"Gemeinnützigen Gesellschaft Tagesheimschule e.V."

am 12. Februar 1955, 10 Uhr, in Frankfurt a.M., Stadt-
verordneten-Sitzungssaal, Römerberg.

Leitung: Herr Stadtrat Professor Dr. Gläss

Herr Stadtrat Prof. Dr. Gläss eröffnet die Tagung mit der Begrüssung der Gäste und Worten des Dankes an das Hessische Kultusministerium und die Stadt Frankfurt, die durch finanzielle Hilfe und die Bereitstellung eines Büroraumes sowie des Stadtverordnetensitzungssaales die Vorarbeiten unterstützt hätten. Er beschränke sich angesichts der zahlreichen Gäste auf die namentliche Begrüssung von Herrn Ministerialrat Dr. O.H. Müller als Vertreter des Hess. Ministers für Erziehung und Volksbildung und Herrn Oberbürgermeister Dr. Walter Kolb. Viele Zuschriften zeugten von dem grossen Interesse, das der Gesellschaft entgegengebracht werde; auch der Herr Bundespräsident habe seine guten Wünsche übermittelt. Herr Dr. Gläss gibt sodann die Programmfolge des Vormittags bekannt und erteilt Herrn Ministerialrat Dr. Müller das Wort.

Herr Ministerialrat Dr. O.H. Müller spricht als Vertreter des auf Urlaub befindlichen Herrn Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung Arno Hennig, der durch ihn der Sitzung seine Grüsse und guten Wünsche übermittle. Der Herr Minister messe dem Anliegen der Gesellschaft grosse Bedeutung bei. Schon vor zwei Jahren sei die Frage der Tagesheimschule auf einer Direktorenkonferenz zur Debatte gestellt worden, habe aber dort

keine grosse Resonanz gefunden. Die Einrichtung von Tagesheimschulen sei ein Anliegen sozialer und erzieherischer Art. Aus der Form solcher Versuchsschulen könne sich die Schule der Zukunft entwickeln. Bestrebungen musischer Art, die heute zu kurz kommen, könnten in der Tagesheimschule ausgebaut werden. Zwar seien vielleicht Schwierigkeiten von Seiten der öffentlichen Meinung zu erwarten, und auch die Personalfrage werde nicht einfach zu lösen sein. Aber einmal müsse ein Anfang gemacht werden. Herr Ministerialrat Dr. Müller versichert, dass Regierung und Kultusministerium alles tun würden, um die Organisation ideell und finanziell zu unterstützen und dankt allen denjenigen, die sich bisher für dieses Werk eingesetzt haben.

Oberbürgermeister Dr. Walter Kolb gibt seiner Freude darüber Ausdruck, dass gerade in Frankfurt der Anfang für die Tagesheimschule gemacht werden solle. Wenn es gelingen sollte, bis Ostern 1956 zwei Tagesheimschulen in Frankfurt einzurichten, dann sei ein brennendes Problem beherrscht angefasst worden. Er selbst kenne aus eigener Beobachtung die Not z.B. der Fahrschüler. "Wir dürfen zufrieden sein, wenn wir diesen Jugendlichen helfen können." Die Stadt Frankfurt habe sich schulischen Problemen gegenüber immer aufgeschlossen gezeigt und werde sich bemühen, ein sorgfältig angelegtes Experiment und eine gute Entwicklung dieser Tagesheimschulen vorzubereiten. Auch führt er aus, dass die Schwierigkeiten in erster Linie finanzieller Art seien, aber es werde wohl möglich sein, sie zu meistern. Als Hausherr bringt er der Gesellschaft gegenüber seine besten Wünsche zum Ausdruck.

Ob. Reg.- und Schulrat Dr. Minssen hebt die Zustimmung hervor, die die Ankündigung der Gründung einer "Gemeinnützigen Gesellschaft Tagesheimschule" von allen Seiten gefunden habe. Angesichts dieser Zustimmung frage man sich, weshalb der Weg der Tagesheimschule bei uns in Deutschland nicht schon längst, zumindest nach dem zweiten Weltkrieg, beschritten worden sei. Dass dies nicht geschehen sei, sei ein deutsches Problem, ein Problem der deutschen Erziehererschaft und der deutschen Öffentlichkeit. Der Öffentlichkeit sei der geringere Vorwurf zu machen. Sie sei meist nur Sprachrohr dessen, der sie mit der starken Stimme der Sensation, aber auch mit der stärkeren des Gewissens anspreche. Offenbar aber habe man die Öffentlichkeit in den letzten Jahren zu wenig angesprochen für die Sorgen der Erziehung. Das Problem der Vernachlässigung der Erziehung sei auch das Problem des deutschen Erziehers. "Warum sind

wir so bescheiden geworden? Warum stellen wir nicht mit lauter Stimme die Forderungen, die uns für die Förderung der Schule und des Kindes in unserem Lande notwendig erscheinen?" Man habe fast den Eindruck, als ob das verfehlte Experiment der alliierten Umerziehung die Sache der Erziehung in Deutschland diskreditiert habe. Dabei fehle es nicht an grossen Vorbildern einer älteren Generation als Zeugen einer mächtigen pädagogischen Bewegung in Deutschland. Herr Dr. Minssen verweist auf Gaudig, Kerschensteiner, Hermann Lietz u.a. Er betont, dass die Auffassung, man könne von der pädagogischen Insel her die Gesellschaft nicht verändern oder beeinflussen, falsch sei und verweist auf das Beispiel Englands (Arnold), Amerikas (Dewey) und Frankreichs (Favre und Thierry). Was Arnold in England zustande gebracht habe, sei bei uns auf zwei entgegengesetzte Gestalten verteilt gewesen: Wilhelm v. Humboldt und Turnvater Jahn.

Man müsse den deutschen Erziehern durch Hinweise auf grosse Beispiele wieder Mut machen, ihr pädagogisches Anliegen fest in die Hand zu nehmen. Die Aufgabe der Schule heute sei mehr als in den ausgerufenen Zeiten vor dem 1. Weltkrieg die, die Jugend zur Sammlung, zu sich selbst zu führen. In der heutigen Form der Vor- und Nachmittagsschulen und des Schichtunterrichts könne sie das nur sehr unvollkommen. Ihr müsse mehr Raum und Zeit zur Verfügung stehen. Es werde nicht leicht sein, die Wendung zur Tagesheimschule in unserem althergebrachten Schulleben zu vollziehen. Man könne auch nicht mit einem fertigen, notwendigerweise theoretisch einseitigen, Plan aufwarten. Die Aufgabe der Gemeinnützigen Gesellschaft Tagesheimschule sei es, die notwendige Entwicklung zur Tagesheimschule durch Rat und Tat zu fördern und dazu beizutragen, dass die deutsche Erzieherchaft an dieser Aufgabe wieder wächst zu dem Rang, der ihr zukommt.

Stadtrat Prof. Dr. Gläss spricht in Vertretung des erkrankten Herrn Wilhelmi und führt aus, dass die Männer und Frauen, die hier versammelt seien, im wesentlichen aus drei verschiedenen Lebenskreisen kämen: Erzieher, Eltern, Vertreter der Wirtschaft. Die Lösung der Aufgabe, die die Gemeinnützige Gesellschaft Tagesheimschule sich gestellt habe, setze die Zusammenarbeit aller drei Gruppen voraus. Die Schule sei von eminenter Bedeutung auch für die Wirtschaft. Die Schule in Deutschland sei auch nach 10 Jahren Aufbaus noch nicht in Ordnung. Wenn es nicht gelänge, eine Neuordnung in absehbarer Zeit zustande zu bringen, dann sei ein Mangel an qualifizierten Arbeitern unvermeidbar. Die Tagesheimschulbewegung

habe zwei Ansatzpunkte: den sozialen und den pädagogischen. Der soziale Gesichtspunkt stehe im Augenblick im Vordergrund, aber auch der pädagogische dürfe nicht übersehen werden. Herr Dr. Gläss umreißt die Aufgaben der Gesellschaft: es sei nötig, die Idee der Tagesheimschule in die Öffentlichkeit zu tragen. Auch in anderen Städten, z.B. Darmstadt und Marburg, seien bereits Ansätze zur Verwirklichung von Tagesheimschulen sichtbar geworden. Diese Ansätze müssten gefördert werden. Auch Herr Dr. Gläss betont, dass die Finanzierung eine der grössten Sorgen wäre, sie sei aber keine Utopie. Die Gemeinnützige Gesellschaft Tagesheimschule müsse die finanziellen Kräfte der Schulträger, der Regierungen und der Wirtschaft zusammenführen. Er bitte die Anwesenden, mit ihren Erfahrungen die Gesellschaft zu unterstützen und eröffnet die Diskussion.

Diskussion

Prof. Dr. E. Weniger weist auf die guten Erfahrungen hin, die man mit der Tagesheimschule in England gemacht habe, wo allerdings zur Entlastung der Lehrer der freie Samstag eingeführt worden sei. Das soziale Motiv für die Tagesheimschule sei vordringlich. Die Entwicklung des modernen Verkehrswesens fordere die Verlegung der Schulen von der Innenstadt an den Stadtrand. Eine solche Verlagerung entlaste den Verkehr in der Innenstadt und vermindere zugleich die Gefährdung der Schulkinder. Stadtrandschulen seien auch von grosser Bedeutung für die Landbevölkerung, deren Kinder in steigendem Masse in die mittleren und höheren Schulen drängten. In der Sowjetzone werde eine Lösung dieses Problems durch sogenannte "Zentralschulen" angestrebt. Auch für die Fahrschüler, die vielfachen Gefährdungen ausgesetzt seien, müsse unverzüglich etwas getan werden. Neben den sozialen Gesichtspunkten gäbe es aber auch gewichtige pädagogische.

Unsere heutige Schule habe sich nicht der Wandlung angepasst, die der Lebensstil des deutschen Volkes nach dem 1. und - in besonderem Masse - nach dem 2. Weltkrieg erfahren hat. Früher sei die Schule eine Insel gewesen. Unsere heutigen Lehrpläne seien noch auf die Biedermeierzeit eingestellt, in der die Pädagogen mit der ganzen Freizeit des Schülers rechnen konnten. Man berücksichtige die vielen Eindrücke und Ablenkungen nicht, denen die Kinder heute ausgesetzt seien. Unsere Schule müsse konkurrieren können mit vielen Dingen, die die Kinder geistig beanspruchen. Die Schularbeiten würden nicht mehr mit dem Interesse gemacht wie früher,

meist reiche auch die Zeit - vor allem der Fahrschüler - nicht aus, um die z.T. überhöhten Forderungen an Hausaufgaben zu erfüllen. Als Beispiel nennt Prof. Weniger ein süddeutsches Gymnasium, in dem 80 Prozent der Schüler vom ersten Tage an Nachhilfeunterricht hätten. Auch für dieses Problem wären die Tagesheimschulen von grosser Bedeutung. Die Schulaufgaben müssten zum Bestandteil der Schule werden. Der Bereich der musischen und ästhetischen Kultur habe in der Schule von heute keinen Ort mehr, dafür träten Radio und Fernsehen ausserhalb der Schule an die Stelle echter musischer und ästhetischer Vertiefung. In den normalen Lehrplan sind musische und sportliche Erziehung kaum einzubauen.

Die Schwierigkeiten bei der Errichtung von Tagesheimschulen seien finanzieller und pädagogischer Art. Gerade die letzteren wären nicht leicht zu bewältigen. Sicher würden viele besonders der jüngeren Lehrer die Tagesheimschule begrüessen, es müsse aber ein Ausgleich geschaffen werden für die grössere Inanspruchnahme der Lehrer. Für diesen Ausgleich schlägt Herr Prof. Weniger freies Wochenende, Gehaltserhöhung und wirkliche Ferien vor. Man solle zuerst einen Versuch mit Lehrern machen, die sich freiwillig zur Verfügung stellen. In grösseren Städten sollten die Tagesheimschulen Stadtrandschulen sein.

Frau Dr. Minna Specht spricht als Vertreterin der privaten Landerziehungsheime. Zwar habe Hermann Lietz die Kinder aufs Land hinausgeführt, da die ländliche Stille und die Verbundenheit mit ländlicher Arbeits- und Lebensweise für die heranwachsende Jugend wichtig seien, es wäre aber zu bezweifeln, ob diese Abgeschlossenheit bei allen ihren Vorteilen die Kinder nicht dem Leben in der Grossstadt und den Anforderungen des heutigen Lebenskampfes entfremde. Die Stadtrandschule wäre ein gangbarer Mittelweg. Frau Dr. Specht begrüsst es, dass der Zwist zwischen Landerziehungsheimen und öffentlichen Schulen beigelegt sei. Sie versichert, dass die Landerziehungsheime die Tagesheimschulbewegung unterstützen und ihr mit Erfahrungen und Erkenntnissen zur Seite stehen werde.

Magistrats-Oberschulrat Waigand spricht für den "Bund Hessischer Lehrer und Erzieher". Er führt aus, dass auch er die Gründe, die für die Einrichtung von Tagesheimschulen sprechen, als dringend ansehe. Die Jugendkriminalität steige an, die Kinder fänden im Elternhaus nicht mehr die Geborgenheit, die sie zu ihrer ungestörten Entwicklung benötigten. Er betont, dass die Lehrer durchaus geneigt seien, sich für die Tagesheimschule einzu-

setzen. Woher aber die Lehrer nehmen? Jüngere Kräfte eigneten sich vielleicht nicht so für diese Aufgabe, die älteren seien zu überlastet. Herr Waigand fordert, dass auch die Berufsschulen in das Tagesheimschulprogramm miteinbezogen würden, zugleich mit den Fachschulen, die einen grossen Prozentsatz Fahrschüler hätten. Er weist aber auch auf eine Gefahr hin: viele Eltern wären sich ihrer erzieherischen Aufgabe nicht mehr bewusst. Man dürfe den Eltern nicht auch noch das letzte Verantwortungsgefühl nehmen.

Herr Regierungsrat Sippel spricht für das Landesamt für Vertriebene und Flüchtlinge im Hessischen Innenministerium. Er betont, dass er die Einrichtung von Tagesheimschulen sehr begrüsse und mit grossem Interesse verfolge. In der Bundesrepublik lebten mehr als 1 Million Flüchtlinge; auch sei die Betreuung der Kinder in den sogenannten Halbfamilien besonders schwierig. Viele Kriegerwitwen unter den Flüchtlingen, besonders diejenigen, die in abgelegenen Dörfern leben, könnten in den Arbeitsprozess eingliedert werden, wenn sie ihre Kinder während der 8-stündigen Arbeitszeit betreut wüssten. Er glaube, dass die Tagesheimschule dazu beitragen könne, die Eingliederung der Halbfamilien zu erleichtern. Er verspricht, die Gesellschaft ideell und materiell zu unterstützen und auch Herrn Innenminister Schneider in diesem Sinne zu informieren.

Herr Schulz spricht für die Elternschaft. Er weist auf die Tragweite des Nachwuchsproblems für die Wirtschaft hin und betont, dass die Elternschaft der neuen Entwicklung etwas skeptisch gegenüber stehe, da es fraglich sei, ob dieser Weg der richtige wäre. Zwar sage die Elternschaft grundsätzlich "ja" zu diesem Vorhaben, erwarte aber, dass das Problem in allgemeine Schulplanungen eingeordnet werde. Es sei allerdings zweifelhaft, ob Versuche an 2 Schulen bereits als richtungsweisend bezeichnet werden könnten, er warne vor Vorschusslorbeeren. Das Kernproblem sei wohl, geeignete Lehrer für die Tagesheimschule zu finden.

Stadtrat Prof. Dr. Gläss erklärt, dass die Gesellschaft die Personalfrage genau so ernst nehme wie Herr Schulz. Aus diesem Grunde sei die Einrichtung der Volksschule am Bornheimer Hang und des Goethe-Realgymnasiums als Tagesheimschulen auch erst zu Ostern 1956 geplant. Man wolle genügend Zeit haben, um eine sehr sorgfältige personelle Auswahl vornehmen zu können. Von Vorschusslorbeeren sei ihm nichts bekannt.

Frau Oberstudiendirektorin L. Besser spricht als Vertreterin des Pestalozzi-Fröbel-Verbandes. Sie führt aus, dass die Hortpädagogen um ähnliche Fragen rängen. Es sei schwer, Kinder zu betreuen, die aus verschiedenen Schulen und dadurch mit jeweils verschiedenen Voraussetzungen in die Horte kämen. Diese Schwierigkeit entfiere in der Tagesheimschule, in der auf einheitlichen Voraussetzungen aufgebaut werden könne. Frau Besser weist darauf hin, dass, wie bei der Hort-Arbeit, so auch in der Tagesheimschule die Mitarbeit der Eltern ein wesentlicher Bestandteil der Erziehungsarbeit sein müsse. Die Erfahrungen der Jugendleiterinnen könnten der Tagesheimschulbewegung sehr zugute kommen.

Herr Ob. Reg.- und Schulrat Dr. Minssen erklärt zu der Frage der Entlastung der Lehrer, man wolle in den Tagesheimschulen nicht die ganze Erziehungsarbeit den Lehrern überlassen. Nach dem Vorbild der Landerziehungsheime sollen auch in den Tagesheimschulen Jugendleiter mitwirken.

Herr Posenenske berichtet, man habe innerhalb der Gewerkschaft "Erziehung und Wissenschaft" in kleinem Kreise die Frage der 5-Tage-Woche diskutiert, die von einschneidender Bedeutung sei. Zwar würden die Kinder 2 ganze Tage in der Obhut der Eltern sein, doch könne man das Lehrpensum nur dann auf 5 Tage verteilen, wenn die Schüler während dieser Zeit bis zum Spätnachmittag in der Schule wären, und so die Möglichkeit zu konzentriertem Arbeiten bestände. Die Einführung der 5-Tage-Woche führe zwangsläufig auf die Tagesheimschule hin.

Frau Dr. Gebhardt weist auf eine bereits bestehende Einrichtung des Familienbildungswerkes hin, die ähnliche Ziele wie die Tagesheimschule verfolge. Drei Lehrer und eine Jugendleiterin betreuten die Kinder. Genügend Raum stehe zur Verfügung. Die Jugendlichen würden nicht in einen festen Plan gepresst, sondern - nachdem sie unter Aufsicht die Schulaufgaben erledigt haben - angeregt, nach eigener Wahl zu musizieren, zu basteln und zu spielen. Frau Gebhardt gibt zu bedenken, ob man solange warten solle, bis Tagesheimschulen eingerichtet seien oder nicht besser schon bestehende Einrichtungen mit dem gleichen Ziel unterstützen und aus eigener Initiative Hilfe schaffen solle, für die vielen Kinder, die noch ohne Betreuung seien.

Ob. Schulrat Gaul bringt sein Interesse an der Tagesheimschule zum Ausdruck und schlägt vor, von der Theorie zur praktischen Arbeit überzugehen, d.h. die Gesellschaft zu gründen.

Herr Kurt Hahn versichert, dass er den Erörterungen mit grossem Interesse gefolgt sei. Bereits 1928 habe man Versuche mit Stadtrandschulen gemacht. Er warne aber vor Illusionen.

Die Tagesheimschule fordere vom Lehrer den 10-Studentag. Da eine solche Belastung auf die Dauer aber nicht tragbar sei, brauche die Tagesheimschule mehr Lehrer, was erhöhte finanzielle Aufwendungen zur Folge haben würde. Man könne nicht ohne weiteres die gesamte Erziehungsarbeit den Lehrern allein anvertrauen. In den Staatsschulen seien es immer nur einzelne begnadete Pädagogen, von denen erzieherische Impulse ausgingen. Herr Hahn fordert für die Tagesheimschule das Privileg, pädagogisch Begabte - auch wenn sie nicht Berufspädagogen seien (Handwerker) - an der erzieherischen Aufgabe teilnehmen zu lassen. Nur eine Mittagsmahlzeit genüge seiner Meinung nach nicht. Der Dienst an der Gemeinschaft müsse in den Tagesablauf der Schule fest eingebaut werden, sonst bestände die Gefahr des "pausenlosen Lebens", in dem die Kinder von einer "Heilquelle" zur anderen geschleppt würden. Aus dem gleichen Grunde dürfe der Samstag nicht wegfallen. Auch Herr Hahn fordert eine verstärkte Mitarbeit der Eltern. Er weist auf die Schwierigkeiten hin, die die Landschulheime zu überwinden gehabt hätten und schlägt vor, ihre Erfahrungen bei der Arbeit in den Tagesheimschulen mitheranzuziehen.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Gläss dankt den Sprechern für ihre Ausführungen, die das Problem von allen Seiten beleuchtet hätten. Man könne mit einem gewissen Optimismus an die Aufgabe herangehen. Damit auch die praktische Arbeit zu ihrem Recht komme, wolle man jetzt die Gründung vornehmen. Er erklärt die Tagung für beendet und verkündet eine kurze Pause, an die sich die konstituierende Sitzung anschliessen werde.

Frankfurt a.M., 1. März 1955

gez. G. Hlawka
(Protokollführerin)

gez. Prof. Dr. Gläß
(Stadtrat)

P r o t o k o l l

Mitgliederversammlung der

Gemeinnützigen Gesellschaft Tagesheimschule e.V.

am 28. März 1955 von 19 Uhr bis 20.45 Uhr im Sitzungssaal des Stadtschulamtes, Frankfurt a.M., Elbestr. 48.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Gläß eröffnet die Versammlung. Er gibt das Ergebnis der Wahl der Kuratoriumsmitglieder bekannt (siehe Anlage) und berichtet, dass das Echo auf die Gründung der Gesellschaft wider Erwarten gross gewesen sei, und aus den verschiedensten Teilen der Bundesrepublik Anfragen und Anregungen vorlägen. Zur Tagesordnung gibt Herr Dr. Gläß bekannt, dass von den Anwesenden nur die Mitglieder stimmberechtigt seien. Er übergibt das Wort Herrn Oberschulrat Marioth, der über "Die Tagesheimschule als pädagogische Forderung" referiert.

Herr Marioth führt aus, dass die Einrichtung von Tagesheimschulen in erster Linie eine soziale Notwendigkeit sei. Vom Pädagogischen her sei die Idee nicht neu. Es wäre falsch, auf diesem Gebiet ein enges Programm aufzustellen. Der pädagogischen Entwicklung müsse immer ein weiter Raum gelassen werden.

Landerziehungsheime könnten für die Tagesheimschule nur Anregungen geben, aber kein eigentliches Vorbild sein. Erstens sei die Zusammensetzung der Schülerschaft im Landerziehungsheim eine andere wie in der Tagesheimschule, zweitens wegen der pädagogischen Insellage der Landerziehungsheime und drittens deshalb nicht, weil sie auf privater Initiative beruhten, während die Tagesheimschulen einem staatlichen und öffentlichen Interesse entgegenkämen.

Für die Tagesheimschulen müssten Pädagogen gewonnen werden, die nicht von dem Beruf sondern von der Berufung als Lehrer ergriffen sind. Herr Marioth verweist auf einen Ausspruch von Kurt Hahn, der es beklagt hat, dass wir im Bereich des Pädagogischen nicht die Menschen finden, die wir für unsere Erziehungswirklichkeit brauchen.

Herr Marioth weist auf bereits bestehende Tagesheimschulen

Mangel an Lehrkräften die geeigneten Lehrer hernehmen und drittens die Familie werde weiter zerstört.

Zu 1 erwidert Herr Gläß, dass eine echte Notlage dazu geführt habe, die Tagesheimschule zu fordern. Die Gemeinnützige Gesellschaft beabsichtigt auch keine Schulneubauten, sondern sie wolle Tagesheimschulen dort einrichten, wo die bereits vorhandenen Baulichkeiten mit bescheidenen Mitteln umgestaltet werden können. Zu 2 betont Herr Gläß, dass auch er den Lehrermangel als ein sehr ernstes Problem ansähe. Es sei jedoch ohne Zweifel möglich, die geringe Zahl von Lehrern, die für die bisher geplanten Modellschulen nötig wären, aufzubringen. Zu Einwand 3 sei zu bemerken, dass es für den Zusammenhalt der Familie zuträglicher sei, wenn die Kinder am Spätnachmittag mit erledigten Schulaufgaben nach Hause kämen, als ein paar Stunden früher belastet und voller Unruhe.

Herr Stadtschulrat Bratu, Darmstadt berichtet, dass dort eine Schule sei, die von den Amerikanern jetzt freigegeben werde, und die bereits alle baulichen Voraussetzungen für die Einrichtung einer Tagesheimschule enthielte. Die Argumente, die in Darmstadt gegen den Plan, die oben angeführte Schule als Tagesheimschule einzurichten, vorgebracht würden, seien vielfach unsachlich. Immer wieder werde darauf hingewiesen, dass für eine Betreuung der Jugendlichen am Nachmittag auch Horte genügten. Abgesehen davon aber, dass in keiner Stadt genügend solcher Horte vorhanden seien, seien sie vom pädagogischen Standpunkt nicht ausreichend. Herr Bratu meint, dass bei der Forderung nach Tagesheimschulen auch die politische Reaktion ins Auge gefasst werden müsse. Das Argument "die ärmsten Kinder bekämen die schönsten Schulen" könne nur als eine solche aufgefasst werden.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Gläß schlägt vor, jeweilig von einem konkreten Fall auszugehen, und einen kleinen Arbeitskreis zu gründen, der sich mit der Förderung dieses bestimmten Falles befasst.

Die Gesellschaft bereite ein Sonderheft über die Tagesheimschule vor, das im Rahmen einer bereits bestehenden Zeitschrift herausgegeben wird.

Obermedizinalrat Prof. Dr. Graser schlägt vor, bei der Einrichtung von Tagesheimschulen auch medizinische Gesichts-

punkte nicht ausser Acht zu lassen. Er weist darauf hin, dass in Frankfurt aus klimatischen Gründen die Anfälligkeit der Kinder für Erkrankungen der Atmungswege besonders gross sei. Bereits 20 m höher als der Main verliere sich diese Anfälligkeit.

Herr Dir. Walter vom Stadtjugendamt begrüsst die Idee der Tagesheimschule und fordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Schul- und Sozialverwaltung.

Stadtrat Prof. Dr. Gläß begrüsst diese Anregung.

Studienrat Dr. Otto Schäfer bestätigt die Ausführungen Herrn Bratus, dass gegen die Tagesheimschule weniger sachliche, als zweckbedingte Einwendungen gemacht würden. Man müsse um Verständnis für die soziale und pädagogische Aufgabe dieser Schulform werben, da es sich um die Regelschule der Zukunft handele. Er regt an, die Eltern zu befragen, ob sie ihre Kinder lieber um 5 Uhr schulaufgabenfrei, oder um 2 Uhr, ohne die Hausaufgaben erledigt zu haben, zu Hause haben wollten. Herr Dr. Schäfer verweist auf die Änderung des sozialen Rhythmus. Meist wäre es so, dass Vater und Mutter nicht vor 5 Uhr zu Hause sind, eine gemeinsame Mittagsmahlzeit gäbe es, wie in England, in den wenigsten Familien.

Stadtrat Prof. Dr. Gläß hat aus taktischen Gründen Bedenken dagegen, die Tagesheimschule als Regelschule zu propagieren. Ein solches Vorgehen erwecke nur unnötigen Widerstand.

Herr Wilhelmi warnt davor, die finanziellen Schwierigkeiten zu überschätzen. Es sei nicht so, dass die nötigen Mittel fehlten, sondern die Gesellschaft habe versagt in der Aufstellung der Rangordnung, in der die vorhandenen Mittel angewandt würden. In den letzten 50 Jahren habe sich die soziale Zusammensetzung unserer höheren Schulen gewandelt. Die geistige Atmosphäre, die nicht an den Schulraum gebunden war, sondern ihren Ursprung im Elternhaus hatte, sei nicht mehr da. Die verschiedenartige soziale Zusammensetzung in der heutigen Schule brächte die Gefahr mit sich, dass keine echte Gemeinschaft zustande komme. Die Tagesheimschule könne durch die gemeinsam verbrachte Freizeit zu einer sozialen Brücke werden.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Gläß beendet die Diskussion. Er überbringt Grüsse von dem erkrankten Herrn Dr. Minssen.

Die Versammlung erhebt sich von ihren Sitzen und gedenkt des

verstorbenen Mitgliedes Herrn Ernst Landgrebe.

Zur Feststellung des endgültigen Satzungstextes ergreift Herr Prof. Dr. Heckel das Wort. Er verliest die neu formulierten §§ 2 und 19, die einstimmig angenommen werden, ebenso § 6, Abs. 2, § 11, Abs. 1, 2 und 3.

Zu § 16 fordert Herr Dir. Walter, dass auch ein Angehöriger der Sozialverwaltung Vorstandsmitglied sein solle, um die enge Zusammenarbeit zu gewährleisten. Er schlägt Herrn Stadtrat Dr. Prestel vor.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Gläß betont nochmals den Willen zur Zusammenarbeit und gibt bekannt, dass Herr Dr. Prestel für den Frankfurter Arbeitskreis vorgesehen ist.

Herr Dir. Walter fordert ferner, dass in § 4, Abs. 1 (Erwerbung der Mitgliedschaft) derselbe Zusatz angefügt wird wie in § 4, Abs. 2 (Erlöschen der Mitgliedschaft).

Herr Prof. Dr. Heckel verweist auf den Unterschied zwischen § 4, Abs. 1 und § 4, Abs. 2. In Letzterem sei der Betroffene bereits Mitglied der Gesellschaft, d. h. er stände zu ihr in einem engeren Verhältnis.

Sollte nach § 4, Abs. 1, einer Person, die sich um die Mitgliedschaft bewirbt, die Zustimmung von Seiten des Vorstandes versagt werden, so bliebe dieser Person immer die Möglichkeit, durch ein Mitglied der Gesellschaft die Einberufung einer Mitgliederversammlung in die Wege zu leiten, die dann den Beschluss des Vorstandes überprüft.

Frau Stadtverordnete Bringezu berichtet über die Versuche kommunistischer Tarnorganisationen, die ihre Mitglieder in andere Gesellschaften infiltrierten. Gegen eine solche Unterwanderung biete § 4, Abs. 1 eine wirkungsvolle Handhabe. Die Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme des § 4, Abs. 1 und 2 in der bisherigen Form.

Zu § 18 regt Herr Dir. Walter an, die Jahresabrechnung durch einen Revisor oder Treuhänder prüfen zu lassen.

Gegen diesen Vorschlag wendet Herr Prof. Gläß ein, dass die Gesellschaft noch zu klein und zu wenig finanzkräftig für solchen Aufwand sei.

Er lässt über § 18, Abs. 1, der die Vorprüfung durch Mitglieder vorsieht, abstimmen. § 18, Abs. 1 wird einstimmig in der vorliegenden Form angenommen.

Dem Vorstand wird empfohlen, die Prüfung zunächst durch Mit-

glieder der Gesellschaft vornehmen zu lassen, wobei die Möglichkeit einer späteren anderen Handhabung offen bleibt. Herr Studienrat Dr. Schäfer und Frau Käthe Harth werden gebeten, die Prüfung der Jahresabrechnung bis 28.3.1955 vorzunehmen. Beide erklären sich hiermit einverstanden.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Gläß dankt den Versammelten für ihre Teilnahme und erklärt die Versammlung für beendet.

Anlage.

Frankfurt a.M., den 15. April 1955

S. Heinrich
S. Heinrich
Protokollführerin

gez. Prof. Dr. Gläß

(Prof. Dr. Gläß)
Stadtrat

Gemeinnützige Gesellschaft
Tagesheimschule e.V.

Frankfurt a.M., den 13. Mai 1955
Elbestr. 48

Am 24. Mai 1955, 20 Uhr veranstalten wir gemeinsam mit dem "Seminar für Politik" im Volksbildungsheim, Frankfurt a.M., Oederweg 1, eine öffentliche Diskussion über das Thema


DIE STRASSE - HEIMAT UNSERER KINDER?

DIE LÖSUNG: TAGESHEIMSCHULE?

Referent: Ulla Illing

Diskussionsleiter: Helmut Belser

Wir gestatten uns hiermit, Sie zu dieser Diskussion herzlich einzuladen.


Prof. Dr. GläB
(Stadtrat)